VA Klein berichtet anhand einer Präsentation über die vorliegende Neufassung der Feuerwehrgebührensatzung und die wesentlichen Aspekte der dafür durchgeführten Kalkulation. Mit Blick auf die Abrechnung von Fehlalarmen weist er unter Erläuterung der einschlägigen Rechtsvorschriften auf die beiden Alternativen zur zukünftigen Abrechnung hin.

Neben der Möglichkeit einer Spitzabrechnung, bei der die jeweils konkret eingesetzten Geräte, Fahrzeuge und Einsatzkräfte für die Gebühr herangezogen würden, gebe es auch die Option einer pauschalen Abrechnung. Der Pauschalbetrag ergebe sich aus hierfür herangezogenen Durchschnittswerten, deren Ermittlung im Detail in den Sitzungsunterlagen nachvollzogen werden kann.

Die zweite Variante ist eine Pauschalabrechnung, welche die Kostenpauschalen von eingesetzten Kräften, Fahrzeugen und Verbrauchsmaterial beinhaltet. Die Kostenpauschalen ergeben sich aus der neuen Gebührensatzung.

Auf die Frage von RM Borkenstein, ob Eigenheimbesitzer bei piependen Rauchmeldern mit der Abrechnung eines Fehlalarmes zu rechnen haben, erwidert VA Klein, dass sich die Satzungsregelung zu Fehlalarmen auf solche von Brandmeldeanlagen (BMA) beziehe und ein Rauchmelder keine solche Anlage sei.

Auf Nachfrage eines Bürgers zur Anzahl der Fehlalarme in den letzten Jahren antwortet VA Klein, dass es sich um rund 50 Fehlalarme handele (Hinweis: *Diese Zahl bezieht sich auf den für die Kalkulation berücksichtigten Zeitraum, mithin auf die letzten drei Jahre*).

BM Böhling erklärt, dass ein Fehlalarm nur abgerechnet würde, wenn die Feuerwehr nicht im Rahmen ihrer Pflichtaufgaben („Retten, bergen, löschen“) tätig werde.

RM Striegl bedankt sich im Namen der CDU/Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion bei der Verwaltung dafür, dass es nunmehr eine rechtskonforme und aktuelle Verordnung gebe.

VA Klein verweist darauf, dass auch die bisherige Satzung rechtskonform gewesen sei. Gleichwohl sei eine regelmäßige Neukalkulation der Gebührensätze angezeigt. Mit Blick auf die Regelungen des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) spricht er sich für eine Aktualisierung in einem dreijährigen Turnus aus. Bei dem jeweils nächsten Kalkulationszeitraum dürften dann auch etwaige Kostenunterdeckungen berücksichtigt werden.

RM Gunkel bat daraufhin um Auskunft, wer die Fehlalarme bezahlt: Die Gewerbetreibenden oder die Versicherungen.

VA Klein führt dazu aus, dass der Verursacher, im genannten Beispiel also der jeweilige Gewerbebetrieb, Gebührenschuldner sei. In der Praxis hätten Gewerbetreibende derartige Risiken regelmäßig durch den Abschluss entsprechender Versicherungen abgedeckt, sodass diese dann im Regelfall dafür aufkämen.